



Dr. Erwin Lotter (MdB)

Lotters Letter 12.08.2011

Inhalt

SONDER-NEWSLETTER

- **Eurokrise**
- **Vertrauensverlust in die Politik**
- **„Ende der Koalition?“**

Bundestagsbüro

Dr. Erwin Lotter MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030 / 22 77 11 80
Fax: 030 / 22 77 63 23
erwin.lotter@bundestag.de

Wahlkreisbüro

Dr. Erwin Lotter MdB
Wahlkreisbüro
Rosenau 13
86551 Aichach
Tel.: 08251 / 88 69 547
Fax: 08251 / 88 69 548
erwin.lotter@wk.bundestag.de

www.lotter-liberal.de

„Es darf kein ‚Weiter so‘ geben!“

Kairo, Damaskus, Athen und London: Es ist das Jahr der Proteste. Doch bei allen regionalen Unterschieden in der Zielsetzung, Motivation, in der Wahl der Mittel und der politischen Verhältnisse bleibt ein gemeinsamer Nenner: Tausendfach gehen die Menschen auf die Straße, die Gesellschaften sind in Unruhe.

Ist ein solcher Sturm der Entrüstung, der sich teilweise sogar in kriminellen und zerstörerischen Handlungen entlädt, auch hierzulande vorstellbar? NEIN, sagen (selbsternannte) innenpolitische Experten und Sicherheitsbeauftragte unisono. Zu gering sei hierzulande die Jugendarbeitslosigkeit, zu schwach der angestaute Frust über fehlende Zukunftsperspektiven.

Dabei verkennen sie eines: Es geht nicht nur um Berufs-Chancen und Ausbildungsperspektiven. Es geht um einen Vertrauensschwund in die Politik allgemein. Ein solcher Vertrauensschwund lässt sich meines Erachtens in allen westlichen Gesellschaften – und natürlich auch in der Bundesrepublik Deutschland – konstatieren. Es geht um grundlegende Zweifel eines Großteils der Bevölkerung an der Problemlösungskompetenz und Gestaltungsfähigkeit – überhaupt: dem reinen Willen zur Gestaltung – ihrer gewählten Politiker.

Die Bürger haben zunehmend den Eindruck, die politische Leistung ihrer Repräsentanten erschöpfe sich im hilflosen Umherirren in einem zunehmend dichter werdenden Netz an Paragraphen und Verordnungen, Bedenken und Vorbehalten. Statt Zukunftsmodelle und Problemlösungen anzubieten, werden zum wiederholten Male sog. „Machbarkeitsstudien“ angefordert, werden Kommissionen eingesetzt, werden nach jahrelangem Ringen halbherzige Kompromisse zu Papier gebracht, die dem gesunden Menschenverstand spontan das Fürchten lehren.

Begleitet werden diese zum Teil hilflos wirkenden Steuerungsversuche von einer wahren Flut an leeren Worthülsen und säuberlich sortierten Phrasen. „Problemlösungsorientierte Beiträge“ wie der des SPD-Vorsitzenden Sigmar Gabriel – sinngemäß: Alle müssten jetzt daran arbeiten, dass der Krisen-Euro zum Aufschwungs-Euro werde – sind leider kein Einzelfall.

Was also tun?

Angesichts der anhaltenden Hysterie auf den Finanzmärkten, die auch durch milliardenschwere Rettungsschirme bisher nicht eingedämmt werden konnte, und der dramatischen Verwerfungen, die wir nun auch in bisher stabilen Gesellschaften Westeuropas beobachten müssen, kann und darf es zunächst einmal kein „Weiter So!“ geben. Wir können nicht ignorieren, dass die Menschen zunehmend an der (Lösungs-)Kompetenz ihrer gewählten Politiker zweifeln.



Jeder einzelne Abgeordnete - jenseits von Partei- und Fraktionsgrenzen - muss in dieser Situation kritisch und auch selbstkritisch prüfen, wie das Vertrauen der Bürger zurückgewonnen werden kann. Das bedeutet im aktuellen Fall, die Solidarität mit den europäischen Partnern künftig so zu gestalten, dass die Menschen hierzulande nicht überfordert und damit der gesellschaftliche Konsens im Inneren nicht gefährdet wird. Sonst bestellen wir selbst den Boden für rechtsnationale Demagogen und Fraktionen verbitterter Globalisierungshasser.

Ferner muss die Politik endlich ihren Willen zur Gestaltung beweisen. Deutschland hat zu wenig Kinder. Das ist nun wirklich nichts Neues. Der demographische Wandel wird sich in allen Bereichen unseres Lebens auswirken – vom Städtebau über die Rentenversicherung bis weit hinein in unser Gesundheitssystem. Wo ist die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft? In welcher Gesellschaft wollen wir, unsere Kinder und unsere Enkel leben – und wie viel lassen wir uns das kosten? Welche Konzepte hat die Politik?

Es geht also um vieles mehr als um den Fortbestand dieser oder jener Regierung. Wenn politische Rituale sachgerechte Lösungen erschweren oder gar verhindern, werde ich mich diesen weiterhin entziehen. So kann mich etwa der schlichte Hinweis auf den Fortbestand der Koalition in meinem Abstimmungsverhalten nicht beeindrucken.

Mit herzlichen Grüßen, Ihr

A handwritten signature in black ink, consisting of a horizontal line followed by a stylized, looped flourish.

Dr. Erwin Lotter